

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/2068)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 15.03.2010

**Angemessene Würdigung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2068

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 16/2266

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Der Niedersächsische Landtag stellt fest, dass vor allen anderen bedeutsamen Ereignissen des letzten Jahrhunderts für den weiteren Verlauf der Geschichte Deutschlands und Niedersachsens der 8. Mai 1945 ein zentrales Datum ist. An diesem Tag wurde unser Land von Faschismus und Krieg befreit. Er leitete gleichzeitig die Entwicklungen ein, die zur Gründung des Landes Niedersachsen führten.

In Anbetracht dieser Tatsache wird die Landesregierung aufgefordert:

1. eine zentrale Gedenkveranstaltung zu diesem Datum möglichst in enger Kooperation mit der „Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten“ und unter Einbeziehung aller überlebenden Verfolgten des Naziregimes durchzuführen,
2. dafür Sorge zu tragen, dass auch künftig der 8. Mai in Niedersachsen einen ihm angemessenen zentralen Stellenwert für die Gedenkkultur in Niedersachsen erhält,
3. zu gewährleisten, dass in den Schulen in Niedersachsen, hier insbesondere in allen Klassenstufen der Sekundarstufe, durch Projekte und andere Anstrengungen, wie Wettbewerbe und Ausstellungen, die Bedeutung dieses Tages vermittelt wird. Einer wieder eingesetzten Landeszentrale für politische Bildung soll dabei eine bedeutende unterstützende Rolle zukommen. Daher fordern wir die Wiedereinsetzung der Landeszentrale für politische Bildung,
4. die Kerncurricula Geschichte dahin gehend zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln, dass neben der Würdigung der Opfer der Jahre 1933 bis 1945 auch die Kritik an den Tätern, vor allem aber die Aufdeckung der Ursachen dieses größten von Deutschen begangenen Massenverbrechens an der Menschheit in den Mittelpunkt rückt,
5. zu gewährleisten, dass durch öffentliche und schulische Maßnahmen insbesondere die Rolle des Widerstands als Anstoß für die Formulierung des Widerstandsrechts in unserer Verfassung und als Vorbild für künftige Generationen hervorgehoben wird.

Begründung

Seit der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker am 8. Mai 1985 dürfte unbestritten sein, was lange Jahre von rechten Kräften in der Bundesrepublik Deutschland bestritten wurde: Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung.

Dieses Datum hat deshalb vor allen anderen geschichtlichen Daten des letzten Jahrhunderts herausgehobenen Charakter, weil die davor liegenden zwölf Schreckensjahre eine in der europäischen und Weltgeschichte singuläre Stellung staatlich organisierten Terrors und Massenmordens beinhaltet hatten.

Dieser Antrag richtet sich gegen die zu befürchtende Tendenz, dass trotz dieser unbestreitbaren Tatsachen die herausragende historische Bedeutung des 8. Mai gegenüber jüngeren historischen Ereignissen auf deutschem Boden an Bedeutung verliert. Es gilt aber das Habermas-Wort: „Deshalb wird 1989 nur solange ein glückliches Datum bleiben, wie wir 1945 als das eigentliche lehrreiche respektieren.“ Es dürfte innerhalb des Niedersächsischen Landtags Konsens über die Richtigkeit dieser Aussage bestehen. Demzufolge müssen Maßnahmen ergriffen werden, um der herausragenden Bedeutung des 8. Mai in diesem und allen zukünftigen Jahren Rechnung zu tragen.

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin